



Van Staa: Endlich ein Landespolitiker, der die Bundespolitik nicht nur populistisch geißelt, sondern selbst heikle Vorschläge macht.

Warum nicht Pensions-Solidarbeitrag?

Peter Pelinka über einen ausnehmend mutigen Landeshauptmann

Eine Milliarde Euro wollte die Bundesregierung ursprünglich durch die Pensionsreform einsparen, 600 Millionen werden es nach diversen Zugeständnissen wohl werden, rechnen Experten vor. Einer von ihnen, der von Koalitionspolitikern sonst gern zitierte Bernd Marin, hat einen ursprünglich von der SPÖ vorgeschlagenen Plan unterstützt, der einen Teil dieser Lücke schließen würde: Seinen Berechnungen nach würde es 200 Millionen Euro bringen, wenn man von jenen Pensionen, die über der ASVG-Höchstrente (derzeit 2.300 Euro monatlich) liegen, etwa zehn Prozent als Solidarbeitrag einheben würde. Das ergäbe nicht nur ein überraschend hohes Sparpotenzial, sondern vor allem ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit: Derzeit bekommen nämlich 170.000 Personen, allesamt Beamte, nicht einmal acht Prozent aller Pensionisten, 25 Prozent des gesamten Rentenkuchens. Sie transparent und sozial gerecht, weil gestaffelt zur Kassa zu bitten und nicht nur indirekt (durch die alle Pensionisten treffende Erhöhung von Pensionssicherungs- und Kranken-

versicherungsbeiträgen und durch den zweimaligen Wegfall von Pensionserhöhungen) wäre dreifach sinnvoll:

- Damit würden die ASVG-Pensionisten besänftigt, die am wenigsten bekommen, aber von der jüngsten Reform am meisten „rasiert“ wurden.
- Damit würde ein Generationskonflikt verkleinert, den die Pensionsreform verschärft: Die „Alten“ müssen kaum einen Beitrag zur Absicherung des Systems leisten, die „Jungen“ einen überproportional großen.
- Damit könnte schließlich auch der Wirbel um Landes-, Gemeinde- und Bundespolitiker besänftigt werden, der wohl noch eine Weile stets dann

muchs wochencartoon



aufkommen wird, wenn wieder ein Fall auftaucht, wo es sich einer – ganz legal – kommod gerichtet hat.

Tirols VP-Landeshauptmann van Staa hat nun diesen SP-Vorschlag aus dem oppositionellen Pfuigack-Eck geholt. Mit voraussehbar entsetztem, aber ganz widersprüchlichem Echo aus seiner Partei: Verweisen die einen Ablehner darauf, die Pensionisten würden ohnehin auch zur Kassa gebeten, so sind die anderen entrüstet, dass mit van Staas Vorschlag in bestehende Pensionen eingegriffen würde.

Unzweideutig kann wohl nur das Urteil über den mutigen Tiroler selbst ausfallen: endlich ein führender Landespolitiker, der die Bundespolitik nicht nur populistisch für heikle Vorschläge (etwa: Spitalsreform) geißelt, sondern selbst welche macht. Eine Exgesundheitsministerin hat ihr Scheitern angesichts des Protestgeheuls von Landesfürsten einmal damit begründet, irgendwo stehe immer eine Landtagswahl an. Van Staa aber schlägt selbst demnächst eine Wahl. Vielleicht ist die von ihm aufgegriffene Idee gar nicht so unpopulär ...